

# ZEITSCHRIFTENSCHAU

GUDRUN CHO

Die folgenden Artikel wurden nach dem Gesichtspunkt der Aktualität ausgewählt. Zum derzeit aktuellsten Thema, Pakistan, waren allerdings nur zwei Artikel zu finden. Zu dem durch die UN-Abstimmung und durch die Pingpong-Diplomatie in den Vordergrund gerückten China-Thema dagegen erscheinen naturgemäß ständig Artikel.

Den historischen Hintergrund und den grauenvollen Ablauf der Ereignisse in Ostpakistan schildert T. J. S. George in **Far Eastern Economic Review** (Nr. 17, 24. April 1971, S. 57–63: „The Cross of Bengal“). 1940 hatten die Führer der Moslem-League in der Lahore-Resolution erklärt, die beiden islamischen Teile „should be grouped to constitute independent states in which the constituent units should be autonomous and sovereign“. Nach der Gründung Pakistans glaubten die Politiker in Westpakistan jedoch, sie könnten die Einheit durch Verwaltungserlasse erzwingen. 1949 versuchten sie, die bengalische Schrift durch die arabische zu ersetzen. Ostpakistan wurde nicht nur in kultureller, sondern vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht von Westpakistan als Kolonie betrachtet. Es war Rohstoff- und Devisenlieferant. „The eastern wing's jute and tea earn most of Pakistan's foreign exchange, but the bulk of these earnings are used for the eastern wing's industrial development and imports.“

Während in Indien Bengalen in höchsten Verwaltungspositionen zu finden sind, haben die Bengalen in Pakistan allenfalls mittlere Positionen inne. „For 24 years the frustrations and the bitterness smouldered in Bangali hearts. The election in December was the first ray of hope that things would become equitable. When those hopes suddenly crashed to the ground, pent-up emotions caught fire. West Pakistan's leaders are once again showing short-sighted lack of imagination in the method they have chosen to put out the fire.“ Der Autor schildert, mit welcher Brutalität die westpakistanische Armee gegen die unvorbereitete Bevölkerung Ostpakistans vorgegangen ist, und er zieht daraus den Schluß, daß jeglicher Kompromiß zwischen den beiden Teilen Pakistans unmöglich geworden ist.

Mit der Frage, ob eine Vereinigung des pakistanischen mit dem indischen Teil Bengalens möglich ist, setzt sich Sunanda K. Datta-Ray in **Le Monde Diplomatique** (Mai 1971, S. 1/3: „Deux Bengales, une nation?“) auseinander. Den beiden Gebieten sei außer der Sprache und der Kultur das Ressentiment gegen die Zentralregierung gemeinsam. Ostbengalen ist von der westpakistanischen Regierung ausgebeutet worden; Westbengalen sieht sich vom wirtschaftlichen Aufstieg des indischen Punjabgebietes ausgeschlossen. Aber, folgert der Autor, gemeinsame Beschwerden sind nur eine negative Kraft, und die gemeinsame Sprache appelliert nur an das Gefühl. Schwerer wiegt der religiöse Zwiespalt: Ostbengalen ist überwiegend islamisch, während die westbengalische Bevölkerung hinduistisch ist, und zwar sind sechs Millionen Flüchtlinge darunter, die nach der Gründung Pakistans

aus Ostbengalen gekommen sind. Nach Meinung des Autors ist für die bengalischen Hindus und Moslems das Gefühl der Religionszugehörigkeit stärker als das zu Bengalen, und das zur Zeit schlummernde Mißtrauen würde bald wieder erwachen und zu erneutem Blutvergießen führen, wenn die vierzig Millionen Hindus in Westbengalen sich von den siebzig Millionen Moslems in Ostbengalen unterdrückt fühlen. Der Autor schließt allerdings die ferne Möglichkeit einer Einigung nicht aus. Sie müßte freilich unter einer Ideologie geschehen, die stärker wäre als Hinduismus oder Islam. Sie könnte, wie der Autor andeutet, aus Peking kommen.

Auf die Frage, weshalb Peking nicht die Unabhängigkeitsbewegung, sondern die pakistanische Zentralregierung unterstützt, geht Leo Goodstadt in seinem Artikel „**Might and Right**“ in **Far Eastern Economic Review** (Nr. 15, 10. April 1971, S. 21–23) ein. Der Autor meint, Westpakistan sei für die Volksrepublik China ein strategisch so wichtiges Grenzgebiet, daß China es sich nicht leisten könne, es in die Arme Moskaus zu treiben, zumal die chinesische Wirtschaft schon stark durch Verteidigungsausgaben belastet sei: „To maintain full-scale military defence systems along the northern border to counter Soviet frontier pressures and, at the same time, in the southern provinces to respond to an American threat is an enormous burden on the Chinese economy“. Goodstadt schließt seinen Artikel, der sich hauptsächlich mit der neuerlichen Entwicklung im sino-sowjetischen Konflikt befaßt (Chinas Kommentare zum letzten Moskauer kommunistischen Gipfeltreffen) mit der Feststellung, daß beide Seiten zwar Interesse an einer Beendigung ihrer offenen Auseinandersetzung haben, ernsthafte Verhandlungen aber unmöglich seien, solange wie jetzt: „Both claim right – and might – on their side.“

Die Ursachen für Pekings verstärkte diplomatische Aktivität untersucht King Yun-bai (in Hongkong ansässiger chinesischer Journalist) in **Pacific Community** (Vol. 2, No. 3, April 1971, S. 435–444: „Peking's Diplomacy: To ease its domestic tension“). Der Autor stellt fest, daß Peking seit dem 9. Parteikongreß versucht hat, mit möglichst vielen Ländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen und dabei von der ursprünglichen Vorbedingung: Anerkennung der Volksrepublik China als alleinige „De-jure“-Regierung Chinas „with Taiwan an inseparable part of Chinese territory“ abgegangen ist. Diese verstärkte diplomatische Aktivität sei aber keineswegs ein Zeichen dafür, daß sich die innerchinesische Situation stabilisiert, d. h. der Mao/Lin Block wieder völlig die Oberhand habe. Der Autor meint, daß Peking den Ausbau seiner diplomatischen Beziehungen als Deckmantel für seine eigentlichen Probleme brauche. Den Beweis dafür, daß sich die innerchinesische Situation noch nicht stabilisiert habe, sieht er darin, daß der immer wieder angekündigte Vierte Nationale Volkskongreß noch nicht einberufen worden ist. Die Einberufung könne die chinesische Führung sich nicht leisten, solange die in der Kulturrevolution begonnene „reorganize party“ und „rebuild party“ Bewegung noch nicht abgeschlossen sei.

„In part, the Cultural Revolution marked the eclipse of Mao Tse-tung as a dominant political force.“ meint Dennis Ray (Associate Professor at California State College, Los Angeles) in seinem Aufsatz „China After Mao“ (**International Affairs**, Vol. 47, No. 1, Januar 1971, S. 45–62). Der Autor ist der Ansicht, daß das wichtigste Ergebnis der Kulturrevolution die politische Führungsrolle der Armee ist. Ray folgert: „Whether the death of Mao Tse-tung will lead to political stability or instability depends on the ability of the PLA to maintain unity and cohesiveness within its own ranks, and on its ability to accommodate the many segments of China's mammoth

and complex society.“ Der Autor setzt sich dann mit der Wirtschaftslage Chinas auseinander. Als Mittelweg zwischen finanziellem Anreiz und politischem Terror habe Mao die ideologische Mobilisierung gewählt. In Anbetracht dessen, daß „the inexpensive and easy sources of economic improvement have been exploited, and further increases in production will be much more difficult to achieve in terms of capital and technological requirements“ erscheint es fraglich, ob sich dieser Weg weiter als gangbar erweisen wird. Wie werden sich wirtschaftliche Schwierigkeiten auf die Außenpolitik Chinas auswirken? Um die Moral im Innern zu stärken, brauche China „an image of external aggression and foreign intrusion“. . . . „If the threats from imperialism and revisionism did not exist, the Communist régime might have to create them.“ Ray zieht damit eine Schlußfolgerung, die der des obengenannten Autors King Yun-bai genau entgegengesetzt, aber in bezug auf die Haltung der Volksrepublik China gegenüber den USA durchaus fundiert ist.

In der in Taipei erscheinenden Zeitschrift **Issues & Studies** (A Monthly Journal of Communist Problems and World Affairs) gibt Kung Teh-liang (Specialist in Chinese Communist Party Affairs) „A Review of Washington-Peiping Relations in the Past Two Years“ (**Issues & Studies**, Vol. VII, No. 8, Mai 1971, S. 29–36). Er stellt dar, wie Peking unbeirrt von amerikanischen Versuchen zur Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China, seine anti-amerikanische Propaganda fortsetzt. Aus dem Artikel geht eindeutig hervor, daß Taiwan über die Entwicklung äußerst beunruhigt ist: „By applying with care its tactical moves in the international united front, enhancing the atmosphere of appeasement, and trying to alienate the United States from the Republic of China, Peiping is now hopefully pursuing its objective, the admittance to the United Nations.“

Als ein Problem, das vor allem in den Vereinten Nationen gelöst werden sollte, sieht Takeso Shimoda (von 1967–1970 japanischer Botschafter in den USA) das China-Problem (**Pacific Community**, Vol. 2, No. 3, April 1971, S. 415–435: „Approach to China Problem“). Er meint, der Nachteil der albanischen Resolution, über die bisher in den Vereinten Nationen abgestimmt wurde, sei, daß sie den gleichzeitigen Ausschluß Nationalchinas fordere. Nötig sei ein Antrag, der nur für die Aufnahme der Volksrepublik China plädiere. „If nothing is said in that resolution about the seat which the Republic of China holds in the United Nations, the status of that seat would continue unchanged. Thus, this draft resolution need only be one calling for an invitation to be issued to the People's Republic of China to join the United Nations.“ Eine weitere Alternative wäre „a formula that would not be limited to Communist China alone but would take up the problem of all the divided states of the world.“ China solle also als eines der vier geteilten Länder der Welt behandelt werden, wobei dann die Aufnahme in die Vereinten Nationen nicht bedeuten solle, daß die Teilung dadurch verewigt werde. Die Wiedervereinigung sei eine Angelegenheit der betroffenen Völker. „Notwithstanding, the United Nations cannot just stand by and look on with folded arms at this situation which permits them to remain an element of insecurity to the peace of the world. Thus, the main intent of this proposal is to enable these countries to contribute to international peace by permitting, above all, their participation in the United Nations.“

Der Fehler des Autors ist wohl, daß er das Problem der geteilten Nationen, insbesondere aber das China-Problem, vor allem von außen betrachtet. In den entgegengesetzten Fehler — einer rein innerchinesischen Betrachtungsweise — ver-

fällt Neville Maxwell (Research officer at the Institute of Commonwealth Studies, Oxford), indem er die Angst vor China als unbegründet zu belegen versucht durch „the evidence of what the Chinese themselves have done, are doing, or say they mean to do“. In seinem Artikel „The Threat from China“ (**International Affairs**, Vol. 47, No. 1, Januar 1971, S. 31–44), in dem er vor allem Chinas Verhalten und Argumentieren in Territorialfragen darlegt, gelangt er zu der Schlußfolgerung: „in respect of territorial and boundary questions, of support to revolution, and of nuclear weapons – the three main elements of the fear of China – China is not what she is presented to be. China is not expansionist, aggressive, reckless and dangerous: China is peaceable, cautious, anxious to defend her borders, not to enlarge them – and threatened, not a threat.“

„Although China is supposed to have presented the main threat to the stability of Asia since 1949 she has not figured very precisely in Australian defence calculations.“ Stellt Arthur Huck (Reader in Political Science, University of Melbourne) in der Einleitung zu seinem Artikel „Images of China“ (**Australian Outlook**, Vol. 24, No. 3, Dezember 1970, S. 309–319) fest. Aus seinem reich mit tabellarischen Ergebnissen von Meinungsumfragen bestückten Artikel kann man entnehmen, daß „Australians in general are not as obsessed by the ‚China threat‘ or even by the threat of Asian Communism as is commonly believed.“ und daß in der australischen Politik „A continuous concern with the Chinese threat has been matched since 1960 with a continued interest in selling wheat to China and allowing trade in general to expand“. Dieser Aspekt klingt in fast allen Artikeln über China an. Auseinandersetzungen werden eher auf handelspolitischem als auf militärischem Gebiet erwartet.

## osteuropa

Monatszeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens und des Weltkommunismus. Auf monatlich rund 150 Seiten bietet jetzt der erste Teil Analysen und Berichte bekannter Fachleute über den sowjetisch-osteuropäischen Raum sowie den Weltkommunismus, während der aus den „Ostproblemen“ hervorgegangene Archiv-Teil Dokumente und Materialien aus diesen Bereichen bringt. Damit bietet OSTEUROPA seinen Lesern eine größere Informationsbreite als irgendeine vergleichbare Zeitschrift in der Welt.

Jahresabonnement 48 DM; für Studenten, Schulen und ähnliche Institutionen 32 DM (jeweils zuzüglich Versandpesen).

Ein kostenloses Probeheft des erweiterten OSTEUROPA liegt für Sie bei der

**Deutschen Verlags-Anstalt, 7 Stuttgart 1, Neckarstraße 121, bereit.**